

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Erstausgabe: 2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6910-22.

Monatlich: 20 Mark. Vierteljährlich: 55 Mark. Halbjährlich: 105 Mark. Einjährlich: 200 Mark. — In allen Ländern.

Rezeptionsstelle: Durch den Verlag bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 11.00 vierteljährlich, ohne Transport, durch die Post bezogen: M. 4.75 monatlich, M. 14.25 vierteljährlich, ohne Transport. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Zeitungsverkäufer und alle Buchhandlungen. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Abdruckrechte: Cliche Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.50, Briefliche Reklamen M. 5. — auswärtige Reklamen M. 7. — für die empfangenen Kolonellen oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachzahlung. — Schluss der Anzeigenannahme für diese Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Sanja 1371-1373.

Freitag, 22. Oktober 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 496. • 68. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Französische Unterrichtskurse.

Die französische Behörde bringt hiermit zur Kenntnis, daß vom 1. November ab neue Schüler zu den französischen Unterrichtskursen angenommen werden, und zwar:

1. Zu den Abendkursen, die unentgeltlich und gegen Bezahlung stattfinden, für Anfänger, Mittlere und Vorkursisten.

2. Zu den abendlichen Nachmittagskursen nur für Mittlere und Vorkursisten.

Anmeldungen können im Rathaus, Zimmer 40, woselbst alle Auskünfte erteilt werden, erfolgen.

Die zurzeit bestehenden Kurse werden unverändert, wie bisher, weitergeführt.

## Autonomie für Oberschlesien.

Autonomie Oberschlesiens innerhalb des Deutschen Reiches, aber außerhalb Preußens, das ist kurz umrissen der Plan und der Wille der Reichsregierung. Noch kürzer: Umwandlung in einen Bundesstaat. Diese Umwandlung muß so rasch wie möglich versprochen werden, um den Zögernden bei der kommenden Abstimmung den Rücken für die deutsche Wahl zu stärken. Aber man darf nicht übersehen: Die Umwandlung berührt Preußen und Deutschland, ihre staatsrechtliche Gestaltung und ihre Entwicklung bis in die Grundfesten. Es wäre unnatürlich, wenn eine so folgenschwere Entscheidung nicht vielfache Bedenken und heftigen Widerstand, besonders in preussischen Kreisen verschiedener Parteinrichtungen hervorriefe. Daher versteht man es, daß der Ausschuss für Auswärtiges des Reichstags, der am Donnerstagvormittag mit der Reichsregierung und der preussischen Regierung über die Autonomiefrage für Oberschlesien beriet, nach zu keiner Entscheidung kam und die Besprechung am Samstag in Anwesenheit der ober-schlesischen Abgeordneten fortsetzen will.

Man kann nur immer wieder darauf hinweisen, was geschähe, wenn es nicht zur Autonomie-Erklärung käme. Dann nämlich wächst sofort der Freiheitsgedanke zu gefährlicher Stärke an. Man kann ihn auch die „Neu-entdeckung“ Oberschlesiens nennen. Die Polen unternehmen die Freiheitsbewegung überall da, wo sie nicht auf eine vollständig polnische Gesinnung stoßen. Durch verdeckte Propaganda, die nicht selten unter dem Deckmantel der Deutschfreundlichkeit erscheint, suchen sie die Schwankenden und die nicht Klarsehenden zu verwirren und auf ihre Seite zu bringen. Neuerdings greift die ober-schlesische Freiheitsidee auch auf unbesetzte Teile Oberschlesiens über und wird von Oberschlesien aus systematisch geführt, weil man in Oberschlesien erkannt hat, daß ein Freistaat Oberschlesien ohne weite landwirtschaftliche Teile Mittelschlesiens nicht lebensfähig ist.

Man ist in den Kreisen der Separatisten seiner Sache sehr gewiß und glaubt nunmehr offen vorgehen zu können. In den unbesetzten ober-schlesischen Kreisen der Ober ist auf dem flachen Lande die Propaganda für eine Losreißung vom Deutschen Reich und die Angliederung an einen zu bildenden Freistaat Oberschlesien unter der Parole „Los von Deutschland“ wirksam gewesen, ebenso ist die Bewegung in den Kreisen von Namslau und Groß-Wartenberg festgesetzt worden. An alliierte Kommission in Oppeln sind aus verschiedenen Orten des unbesetzten Gebietes bereits Anträge ergangen, die um Zulassung zur Abstimmung in Oberschlesien bitten. Die Bewegung bildet eine große Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Dieser Gefahr gegenüberzutreten, hat die deutsche Regierung bisher keine Mittel. Also bleibt nur die Fortführung und ein ehrliches Autonomieversprechen für die Zeit nach der Abstimmung und für den Fall des Scheiterns der Ober-schlesien übrig.

Es ist nicht leicht voranzuberechnen, wie die Verwirklichung der Autonomie auf die große Masse der ober-schlesischen Bevölkerung wirken wird. Neugebaltung staatsrechtlicher Verhältnisse, Selbstverwaltung, Freiheit unter dem Reichsrecht, das sind Begriffe, die in jedem Kopf hineingehen. Man wird sagen, Oberschlesien solle im Reich dastehen wie Bayern und Preußen ist schon ein deutliches Bild gegeben. Wie sehr die Veröffentlichung eines Verfassungsentwurfs eilt, geht daraus hervor, daß die Polen bedeutend früher aufgetreten sind, um die Oberschlesien mit einem Autonomieversprechen zu locken, falls das begehrte Gebiet sich mit Polen vereinige. Am 20. Juli dieses Jahres veröffentlichte das polnische Polizeikommissariat eine Verfassung, wonach Oberschlesien eine besondere Provinz mit besonderer schlesischer Gesetzgebung mit besonderem obersten Gericht bilden werde. Die Selbständigkeit der schlesischen Gesetzgebung und Verwaltung umfaßt nach jener Vorlage sowie Gegenstände, die man von großer Dezentralisation und Selbständigkeit sprechen muß, wenn das Versprechen wirklich eintreten soll. Aber abgesehen davon wird in dem

polnischen Entwurf geschickterweise nichts davon gesagt, was sich Polen vorbehält. Alles, was ja auch nach Artikel 6 der deutschen Reichsverfassung ausschließlich Reichsgesetzgebung ist, nämlich die Beziehungen zum Ausland, Kolonialwesen, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung, Wehrverfassung, Münzwesen, Zollwesen, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, bleibt auch dem Reich Polen, ebenso wie alles, was im Rahmen der Gesetzgebung nach Artikel 7 der Reichsverfassung liegt. Die Oberschlesier würden also ihr Wunder erleben, wenn sie unter die Gesetzes- und Verwaltungsherrschaft des polnischen Reiches kämen. Diesen Unterschied klar zu machen, sollte auch das angeländigte deutsche Autonomie-Versprechen versuchen!

## Die Verhandlungen vertagt.

Br. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat am Donnerstagvormittag unter Teilnahme der preussischen Regierung und der preussischen Fraktionsführer zu einer Besprechung der ober-schlesischen Frage zusammen. Der Reichsminister des Innern Dr. Simons und der Reichsminister der Finanzen Dr. Brüning waren ebenfalls anwesend. Die Verhandlungen über die Autonomiefrage für Oberschlesien wurden am 21. August 1920 abgebrochen, um einige Monate vertagt zu werden. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen im Rahmen des Artikels 18 der Reichsverfassung am 21. August 1921 abgebrochen, um einige Monate vertagt zu werden. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen im Rahmen des Artikels 18 der Reichsverfassung am 21. August 1921 abgebrochen, um einige Monate vertagt zu werden.

Bei der Aussprache über die Frage der Autonomiegewährung für Oberschlesien hat das Zentrum seinen Standpunkt dahin präzisiert, daß eine derartige bundesstaatliche Autonomie die wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland darstelle, und daß deshalb diese bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien sofort durch eine Abänderung des Ablasses 3 des Art. 18 der deutschen Reichsverfassung in die Wege geleitet werden müsse. Man hat dabei von Seiten des Zentrums durchblicken lassen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß in dem Falle, wenn das Reich und Preußen in kurzer Zeit eine derartige Vorlage dem Reichstag vordringen lassen werde, das Zentrum von sich aus einen Initiativantrag im Sinne der vorerwähnten Vorlage im Reichstag vorlegen werde. Widerstand gegen die Autonomiebewegung wird hauptsächlich auf rechtlicher, und zwar nicht nur auf deutschnationaler, sondern auch von deutsch-volksparteilicher Seite erhoben.

W. T.-B. Berlin, 21. Okt. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten behandelte in seiner Nachmittags Sitzung am Donnerstag im Hinblick auf die Ausführungen des Reichsministers des Innern die gesamte auswärtige Lage. Die Redner aller Parteien äußerten sich zu den Beziehungen Deutschlands gegenüber den einzelnen Mächten. Die Verhandlungen wurden als in ihrer Gesamtheit vertraulich erklärt.

## Polen verzichtet nicht.

mz. Paris, 22. Okt. (Drahtbericht.) Nach einer Radio-Meldung aus Warschau wird erklärt, die polnische Regierung werde eher ihre Demission einreichen, als im Namen der polnischen Regierung auf Oberschlesien, Teschen, Opatowitz und Wilna zu verzichten. Eine Regierung, die einen derartigen Verzicht ausspreche, verliere die Autorität beim Volke.

## Polen verweigert die Unterzeichnung des Vertrages mit Tansgr.

mz. Paris, 22. Okt. (Drahtbericht.) Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, weigerte sich die polnische Friedensdelegation, den zwischen Polen und Tansgr. abgeschlossenen Vertrag, der von englischen und französischen Sachverständigen ausgearbeitet und von der Balkankonferenz gebilligt wurde, zu unterzeichnen. Aus diesem Grunde wird die für Samstag festgesetzte Unterzeichnung nicht stattfinden können.

## Annuit über die Vertagung des Reichstags.

Br. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag hat sich am Mittwoch auf acht Tage vertagt. Dabei wurden zahlreiche Mitglieder des Hauses, die eine weite Reise zurückgelegt hatten, um an den Sitzungen teilzunehmen, nun nach einträglichem Aufenthalt in Berlin schon wieder ihre Koffer packen. Dem Annuit über wurde in allen Fraktionen Ausdruck verliehen. In der demokratischen Reichstagsfraktion wurde der Vorsitzende formell beauftragt, Schritte einzuleiten, damit derartige unliebsame Übertragungen in Zukunft unmöglich würden.

## Eine Anfrage über die Dieselmotoren.

Da Berlin, 22. Okt. Die Zentrumsfraktion hat laut „D. M. A. 314“ im Reichstag eine Anfrage eingebracht in der auf die Gefahren für die Industrie und die deutsche Arbeiterschaft hingewiesen wird, die durch die von der Entente verlangte Auslieferung der Dieselmotoren entstehen würden und in der die Regierung gefragt wird, welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um dieses, dem Wortlaut und dem Geiste des Berliner Friedensvertrages widersprechende Verlangen abzuwehren.

## Die Staatsdebatte in der Landesversammlung.

Dr. Berlin, 21. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die preussische Landesversammlung setzte heute die Beratung des Finanzhaushalts fort.

Der Abg. Niehs-Julda (Zentr.) sagte, daß bisher die in den Haushalt eingeschickten Einnahmestellen recht problematischer Natur seien. Es sei zu behaupten, daß über die Finanzlage Preußens überhaupt noch kein klares Bild zu gewinnen sei.

## Finanzminister Widenmann

bleibt in diesem Punkt eine große Angelegenheit. Er bezeichnete als Pflicht der Landesversammlung, dem neuen Budget nicht nur ein finanzielles Gehör, sondern auch ein finanzielles Fundament zu geben. Der Finanzminister legte ferner dar, der ungedeckte Fehlbetrag werde sich auf drei Milliarden Mark belaufen. Die Hauptbelastung entfiel aus der Besetzungsreform für die Beamten, wozu allein zwei Milliarden Mark beansprucht werden. Einnahmen in Höhe von 2.4 Millionen erwiesener Minister als Anteil aus der Reichseinkommensteuer, 150 Millionen aus der Grunderwerbsteuer, 20 Millionen aus der Umsatzsteuer, 500 Millionen aus dem Reichseisenbahnertrag und 50 Millionen aus der Fortwirtschaft. Der Minister hob ausdrücklich hervor, daß alle seine Zahlen auf Schätzungen beruhen und zweifellos ein Fehlbetrag von 2 Milliarden Mark bleiben werde.

Der Abg. Dr. Köhler-Greifmann (Dnt.) bedauerte, daß die Mittelungen und Forderungen des Finanzministers nach den Darlegungen der Redner der Regierungsparteien erfolgt seien und dadurch lediglich die Oppositionsparteien zur Stellungnahme gezwungen seien.

Abg. Heilig (D. Vp.) erklärte mit erheblicher Stimme, die Abschaffung der Parteien, nach der Neuwahl der Monate nach dem Abschluß der Verfassung hat zu tun, sei für seine Partei ein solches langere. Die notwendige Finanzreform müsse durch interfraktionelle Beziehungen rasch gefördert werden.

Der Abg. Kleinmann (Unabh.) führte darnach aus, die bisherige Form der Wirtschafts- und Finanzpolitik sei nicht richtig und habe der Bevölkerung nur Leid und Entbehrung gebracht.

Schließlich nahm das Haus den Haushalt des Finanzministeriums in der Ausschussfassung an.

Bei der Besprechung der Tagesordnung für die Freitagsitzung entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte über das Landwirtschaftsministerium. Schließlich wurde das Gesetz mit den Stimmen der Demokraten und der drei legaldemokratischen Gruppen gegen die übrigen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt.

Nächste Sitzung: Freitag, 1. Uhr.

## Die Moskauer.

Dr. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Auf eine Anfrage des Abgeordneten Ludwig und Genossen an die preussische Staatsregierung, ob im Einklang mit dem preussischen Justizminister die Abtöt der Strafbefehle gegen diejenigen einzuleiten, die sich der Dritten Internationale anschließen, wird amtlich erklärt, daß keine derartigen Maßnahmen im Gange sind.

## Ein Abgeordneter als Schieber.

Dr. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Geschäftsordnungsausschuss der Landesversammlung beschloß einstimmig, die Landesversammlung zu eruchen, die Genehmigung zur Einleitung und Fortführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Schulz-Kiel (Zentr.) zu erteilen. Dem Abgeordneten werden große Schließungen mit Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen, die er als Leiter der Provinzialbesetzungsstelle für Schleswig-Vollstein angeteilt, zur Last gelegt.

## Die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen.

mz. Berlin, 21. Okt. Wegen der in der preussischen Verfassung vorgesehenen eventuellen Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen hat der mit den vorbereitenden Arbeiten beauftragte Staatsminister A. D. Drews laut „B. T.“ Einladungen an sämtliche Landesdirektoren zu einer Fortbesprechung in Berlin zum 29. Oktober ergehen lassen.

## Der Staatsgerichtshof.

Dr. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag erlebte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Weiter wurde der Gesetzentwurf über die Errichtung des Staatsgerichtshofs angenommen. Dieser Staatsgerichtshof soll eine zweifache Kompetenz haben, einmal als entscheidendes Gericht für Verwaltungs- und Verfassungsmäßigkeiten, zweitens über Ministeranklagen und Anklagen gegen den Reichspräsidenten und Reichskanzler abzuurteilen. Die in dem vorerwähnten Entwurf vorgesehene Kompetenz des Staatsgerichtshofs als außerordentliches Gericht über die am Krieges schuldigen Personen ist gestrichen worden. Der Staatsgerichtshof soll beim Reichsgericht eingerichtet werden. Das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungsmäßigkeiten, bei dem eine Besetzung mit sieben Richtern vorgesehen ist, ist grundsätzlich nicht öffentlich, öffentlich dagegen in Ministeranklagen, wo 15 Richter amtierend. Das Urteil kann auf Freispruch, Schuldigerklärung oder auf Feststellung der Lasten, daß die Schuld nicht erwiesen ist, lauten. Der Staatsgerichtshof kann den Verurteilten seines Amtes für verlustig und auch für unfähig erklären, andere öffentliche Ämter zu bekleiden. Ein Rechtsmittel oder Wiederaufnahmeverfahren gibt es nicht.

## Eine Arbeitsgemeinschaft zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Dr. Berlin, 22. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Eine Arbeitsgemeinschaft aus Industrie, Technik und Handel hat sich im Reichsarbeitsministerium unter dem Titel eines Ausschusses für Technik und Landwirtschaft gebildet. Dieser Ausschuss soll, wie der Reichsernährungsminister in seiner Begrüßungsansprache sagte, dem Reichsernährungsministerium beratend zur Seite stehen, jedoch durchaus selbständig arbeiten und hat nun Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter Kulturbarmachung aller technischen und industriellen Hilfsmittel zum Ziele. Der Ausschuss wird aus 6 Vertretern der Landwirtschaft, 1 Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie und 1 Vertreter des Handels bestehen.





Bekanntmachung. betreffend Revision der im öffentlichen Fahrdienst Verwendung findenden Pferde- und Kraftdroschken.

- a) für die Pferdewagen Nr. 91 bis einschließlich 99 und die Kraftdroschken Nr. 1 bis einschließlich 15 am Donnerstag, den 28. Oktober, vormittags 9 Uhr;

Die Droschkenführer haben zu den genannten Zeiten in der Baulinienstraße, anfangend an der Gartenstraße, hintereinander, mit der Fahrtrichtung nach der Bierstadter Straße, Aufstellung zu nehmen.

Auf die Instandsetzung der Droschken wird besonders hingewiesen.

- a) eine richtig gehende Taschenuhr; b) den Führerschein; c) mindestens 6 Fahrmarken; d) die Polizeiverordnung über das öffentliche Fuhrwesen;

Nach harrigenderen Beschäftigung fahren die Droschken in der Richtung nach der Bierstadter Straße ab.

Bei unünftlicher Geteilung der Droschken wird Bestrafung auf Grund der Polizeiverordnung für des öffentliche Fuhrwesen vom 4. April 1912, § 23, erfolgen.

Wiesbaden, den 19. Oktober 1920. Der Polizeipräsident. oes. Kranke.

Bekanntmachung.

Um die Ueberwachung der durch die französische Besatzmacht überlassenen Pferde zu erleichtern, haben sich diejenigen Personen, die solche Pferde entliehen haben, mit demselben allmonatlich einmal bei dem in Betracht kommenden Corps zu melden.

Die Besatzung und Zeit wird noch von dem Chef des betreffenden Corps bekannt gegeben.

Wiesbaden, den 19. Oktober 1920. Der Magistrat.

U. S. P. Filiale Wiesbaden

Am Samstag, den 23. Okt. findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, abends 7 Uhr, eine

Mitgliederversammlung

- 1. Bericht vom Parteitag. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. 3. Vorstandswahl.

Die Mitglieder werden ersucht, möglichst zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. S. A.: Wiltb. Geil, 1. Vors.

Wiesbadener Militär-Verein.

Samstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, Selenenstraße 27, „Zur Germania“:

Hauptversammlung.

Tagungsordnung: Eröffnung der Mitglieder, welche 25 Jahre dem Verein angehören usw.

Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Privat-Gesellschaft Lohengrin Wiesbaden Gegr. 1910

Samstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr:

Tanz- u. Unterhaltungs-Abend

im Konzert- und Ballhaus Wintergarten. Der Vorstand.

Café Orient. Jeden Samstag u. Sonntag: BALL! NB. Elektr. Bahn bis 10 1/2 Uhr.

Palast-Hotel Mittwoch und Samstag Tee-Konzert von 4-6 Uhr im Wintergarten des Hotels.

Eiserne Hand. Metzelsuppe Samstags und Sonntag.

43 Schlachtschweine sind sehr billig zu verkaufen. Alfons Sprnhs bei Gemmet, Adlerstr. 41.

BACHARACH Jackenkleider ERSTKLASSIG PREISWERT.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Bei den Vertreterwahlen zum Ausschuss am Samstag, den 20. November d. J., nachmittags 3-7 Uhr, und am Sonntag, den 21. November, von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr, wählen:

Die Arbeitgeber in der Turnhalle des Lyzeums am Schloßplatz, Eingang in der Röhrigasse;

Die Versicherten, deren Familienname mit den Buchstaben A-H anfängt, in der Turnhalle der Schule in der Bleichstraße;

Versichte mit Familiennamen J-Qu in der oberen Turnhalle des Lyzeums am Bosenplatz;

Versichte mit Familiennamen R-Z in der Turnhalle der Schule in der Luisenstraße.

Wahlvorschlagslisten sind bis zum 5. November cr. bei dem Kassensbüro einzureichen. Die Wahlvorschläge können in der Zeit vom 15.-19. November cr. in dem Kassensbüro eingesehen werden.

Stimmzettel. In Anbetracht der enorm hohen Herstellungskosten hat die Wahlleitung bestimmt, daß die Stimmzettel nicht die Namen sämtlicher Vertreter und Erfahmänner, sondern nur die Nummer der Wahlvorschlagsliste und nebenbei die Namen der auf dieser Liste aufgeführten ersten und letzten Bewerber enthalten sollen. Die Größe des Stimmzettels ist achtel Quart - 14 zu 11 cm -; Farbe: weiß. (Ursprünglich war vorgeschrieben: Reichsformat, 33 zu 21 cm.)

Der Kassenvorstand: Carl Gerhardt, Vorsitzender.

Neu! Café Storchnest Neu! Ecke Schul- und Kirchgasse. Samstag, den 23. Oktober 1920, abends 6 Uhr: Eröffnung! Mittagessen 12-2 Uhr. Vorzügliche Küche, ff. Weine und Biere, sowie alle anderen Getränke. Künstler-Konzert unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters und Piston-Virtuosen C. Trost. Um gütigen Besuch bittet C. W. Wagner.

Jetzt Kirchgasse 44 (Parterre - Gegenüber M. Schneider) Samson & Co. Photogr. Atelier u. Vergrößerungsanstalt mit billigen Preisen. Bis 1. November geben wir jedem, der sich bei uns 1 Dutzend Bilder bestellt, als Beigabe eine Vergrößerung seines eig. Bildes 30 x 35 cm einschl. Karton. Nur Kirchgasse 44 Parterre. Sonntags v. 9-2 Uhr geöffnet. Trotz Teuerung für wenig Geld ein gutes haltbares Bild. Vergrößerung nach jedem Bilde. Nur Kirchgasse 44 Parterre. Sonntags v. 9-2 Uhr geöffnet.

Wiesbadener Kunstmarmor-Industrie Fernruf 4976. Inh. Boelsen & Gerhard. Yorkstraße 6. Nach 10-jährigem Ausprobieren sind wir in der Lage nur gute und dauerhafte Ware zu liefern. Wandbekleidungen, Mäntel um Kamine nach allen nur denkbaren Marmor- und Fantasiefarben oder nach der Inneneinrichtung der Herrschaften... Komplette Waschtischgarnituren, 5-teilig, mit ff. Messingbeschlag, in allen Farben... Zimmer-Fruzifixe aus weißem Marmor und schwarzem Sockel mit Christus... Zähler-Platten, von Behörden ausprobiert... Vertreter hohe Provision. Ein Besuch unserer Musterkollektion macht Sie zu steten Kunden. Verlangen Sie Prospekte. Vertreter für Wiesbaden u. Umg. gesucht. NB. Seit kurzer Zeit treten ähnl. Musterplättchen auf den Markt. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese von einem bei uns entlassenen Arbeiter herrühren, welcher unser Fabrikat gerne fertig bringen möchte.

Eingetroffen: Ein Waggon nordamerik. garant. reines blütenweißes hochfeines Schweine-Schmalz ein Waggon weiße Bohnen ein Waggon braune Bohnen ein Waggon Haferflocken ein Waggon neue Vollheringe ein Waggon Kakao, amerik. dunkle feine Qualität ferner Tilsiter Käse Rüböl (Backöl) Salatöl Erbsen u. Linsen Kaffee-Mischung, Cichorien, Gerst.-Kaffee Surrogat, Malzkaffee, Schweden, Bürsten, Schrubber, la deutsche Kernseife, Alf's Seifenpulver, K.-A.-Seifenpulver, Suppen-Makkaroni süße Mandeln Sultaninen, Rosinen. Alle Artikel werden billigst an jedermann in jeder gewünschten Menge abgegeben in sämtlichen Verkaufsstellen der Firma Adolf Harth Neu eröffnet die 21. Verkaufsstelle in Wiesbaden: Bahnhofstr. 14 Ecke Luisenstraße.